

EDITORIAL


**LIEBE LESERINNEN
UND LIEBE LESER,
LIEBE GENOSSINNEN
UND GENOSSEN,**

das neue Jahr begann mit einer guten Nachricht: Walter Hirche legt sein Amt nieder. Auch wenn ich ihn stets als fair in der politischen Auseinandersetzung geschätzt habe, so sind die letzten Jahre von politischen Versäumnissen geprägt. Ich erinnere nur an die zahlreichen Flops wie die Vorstöße für bunte Taxen, Sitzhilfen in Stehcafés oder vernachlässigte Landesstraßen und die Bundesratsinitiativen zur Schleifung von Arbeitnehmerrechten.

Niedersachsen braucht aber einen Wirtschaftsminister, der sich aktiv und umfassend um die heimische Wirtschaft kümmert. Ob das von seinem designierten Nachfolger geleistet werden kann, bezweifle ich stark. Der zeichnet sich nämlich nicht gerade durch eine ausgeprägte wirtschaftspolitische Kompetenz aus. Und eine solche Kompetenz ist angesichts der konjunkturellen Krise, die inzwischen auch Niedersachsen erfasst hat, dringend notwendig.

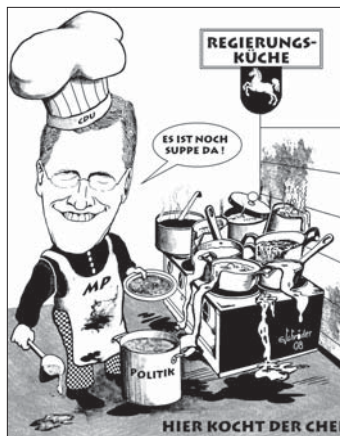
Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein gutes Jahr 2009 und viel Spaß beim Lesen. Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge wendet Euch bitte an die Redaktion.

Euer

Wolfgang Jüttner
Wolfgang Jüttner

KONJUNKTURPROGRAMM II: JÜTTNER FORDERT »NIEDERSACHSENFONDS«

Um die bereits deutlich spürbaren Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die deutsche Realwirtschaft zu minimieren, hat der Bund ein zweites Konjunkturprogramm aufgelegt. Damit soll Deutschland aus der Konjunkturkrise herausgeführt werden und Arbeitsplätze gesichert werden. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Niedersachsen hat die Landesregierung anlässlich der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aufgefordert, sich schnell durch die Auflage eines



»Niedersachsenfonds« am Konjunkturprogramm II der Bundesregierung zu beteiligen.

Der Kernbestandteil des Konjunkturpaketes ist ein Investitionsprogramm des Bundes für öffentliche Zukunftsinvestitionen von insgesamt 14 Milliarden Euro. Hiervon stellt der Bund 10 Milliarden Euro für die Investitionsschwerpunkte Bildung (insbesondere Kindergärten, Schulen und Hochschule) sowie

Infrastruktur (insbesondere Verkehr, Krankenhäuser, Städtebau und Informationstechnologie) zur Verfügung und erwartet von den Ländern eine 25%ige Kofinanzierung. Der Bund hat das 10 Milliarden Paket insbesondere für Kommunen vorgesehen, die aufgrund der seit Jahren angespannten Lage der Kommunalfinanzen einen hohen Nachholbedarf bei der Bauunterhaltung, der energetischen Gebäudesanierung und bei Neubauten besonders von Schulen, Sporthallen und Kindertagesstätten haben.

Jüttner forderte die Landesregierung auf, die auf Niedersachsen entfallenden Mittel von rund 1,22 Milliarden Euro auf schnellstem Wege und ungekürzt an die niedersächsischen Städte und Landkreise weiterzureichen. Mit diesem »Niedersachsenfonds« soll den niedersächsischen Besonderheiten Rechnung getragen werden. Die Städte und Gemeinden leiden seit vielen Jahren unter den Kürzungen des Finanzausgleichs durch die Landesregierung von jährlich ca. 100 Millionen Euro.

Eindringlich warnte Wolfgang Jüttner die Landesregierung davor, die Finanzmittel des Bundes in die eigene Tasche zu stecken oder weitere Hürden für die Gewährung der Konjunkturmittel aufzulegen. »Es dürfen aus unserer Sicht nur drei Kriterien gelten: Erstens, die Mittel

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

Editorial	1
Konjunkturprogramm II: Jüttner fordert »Niedersachsenfonds«	1
2009 zum Jahr der solidarischen Erneuerung Europas machen	2
Kunst-Licht	3
Das Jahr hat gewechselt, die Bildungskampagne geht weiter	4
Berufsschulen brauchen Klarheit und Planungssicherheit	4
Absolventen des doppelten Abiturjahrganges nicht im Regen stehen lassen	5
Alle brauchen Ausbildung – wir brauchen alle	5
Blindengeld in Niedersachsen erhöhen	6
Pressesprecherin der SPD-Landtagsfraktion	6
Mehr Demokratie im Aufsichtsrat der Landesnahverkehrsgesellschaft	7
Altlastenfonds für Niedersachsen	7
Situation der Feuerwehren in Niedersachsen	8
Niedersachsens Kinder brauchen Spielplätze	9
Initiativen der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag	9
Neu im Landtag	10
Bestellliste für Materialien zur Kampagne »Eintrittskarte Zukunft«	11

Fortsetzung von Seite 1

müssen on top sein, also oben drauf kommen, und nicht ein Ersatz für ohnehin vorgesehene Investitionen. Dann wäre das Ganze nämlich konjunkturell belanglos. Zweitens, die Mittel müssen für Investitionen verwendet werden und für nichts anderes. Drittens, die Mittel müssen 2009 und/oder 2010 abfließen.«, forderte Jüttner. Die im Konjunkturprogramm des Bundes genannten Aufgabenfelder Krankenhaus- und Hochschulbau dürften nicht aus dem kommunalen Investitionsmittel des Bundes finanziert werden, hierzu müsse das Land Eigenmit-

tel in Höhe von 300 Millionen Euro bereitstellen.

»Zusätzlich zu den 1,22 Milliarden Euro, die die Kommunen bekommen, ist ein landeseigenes Konjunkturprogramm für Bereiche, in denen das Land selber in der Pflicht ist, notwendig.«, sagte Jüttner im Landtag. Er forderte den Ministerpräsidenten weiter auf, schnellstens einen Nachtragshaushalt vorzulegen und durch ein landeseigenes Investitionsprogramm von mindestens weiteren 100 Millionen Euro eine konjunkturwirksame Nachfrage durch Bestandserhaltungsinvestitionen in das Lan-

desvermögen zu generieren.

Es gibt bereits CDU-regierte Länder, wie zum Beispiel Baden-Württemberg, die längst ein Landeskonjunkturprogramm mit einem Volumen von über 950 Millionen Euro aufgelegt haben, erinnerte Jüttner den Ministerpräsidenten:

»Das, was die Süddeutschen können, das können wir auch. – Wir werden auch aktiv. – Das wäre doch eine Ansage des Ministerpräsidenten gewesen.« erklärte Wolfgang Jüttner angesichts der lustlosen und kraftlosen Regierungserklärung von Wulff.

2009 ZUM JAHR DER SOLIDARISCHEN ERNEUERUNG EUROPAS MACHEN

von Detlef Tanke, stv. Vorsitzender und europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

»Europa« ist ein faszinierendes Projekt. Ein Kontinent, der über Jahrhunderte von Kriegen geprägt wurde, erlebt seit über 60 Jahren eine Phase des Friedens. »Europa« ist mittlerweile unverzichtbar bei der friedlichen und sozial gerechten Gestaltung der Globalisierung.

Wirtschaftlich war »Europa« immer erfolgreich. Niedersachsen als Region im Herzen der EU profitiert vom freien Warenverkehr im größten Binnenmarkt der Welt. Allein zwei Drittel der niedersächsischen Exporte gehen in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Dennoch ist die Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialer Gerechtigkeit in Europa gestört. Nach einer Umfrage der »EU-Nachrichten« befürchten immerhin 57 % der Unionsbürger, dass sie aufgrund des Wettbewerbs in 20 Jahren weniger verdienen werden. Die Ängste sind das Ergebnis einer von Konservativen und Liberalen

über Jahre betriebenen Verengung der europäischen Integration auf die Freiheit des Marktes.

In der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise scheidet diese Ideologie gerade fundamental. Ein Scheitern, für das Millionen Menschen in Europa einen hohen Preis zahlen dürften. Die Regierung Wulff ist diesen Irrweg mitgegangen. Heute will sie nichts mehr davon wissen, dabei hat sie seit Machtantritt 2003 keine einzige Initiative für ein soziales Europa ergriffen.

Wir wollen einen anderen Weg. Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem aktuellen Antrag die Ergänzung der wirtschaftlichen Freiheiten um soziale Schutzstandards. Sämtliche EU-Rechtsakte sollen auf ihre sozialen Folgen für die Menschen überprüft werden. Im Kern wollen wir, dass die Institutionen der Europäischen Union an soziale Rechte gebunden werden. Darüber hinaus wollen wir die EU-Entsenderichtlinie verbes-

sern und erweitern. Denn in Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Auch hier glänzt die Regierung Wulff durch Nichtstun.

Im Gegensatz zu Linkspopulisten in Deutschland und Europa, die in überholten nationalen Denkmustern und antieuropäischer Rabulistik verharren, stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei aller Kritik zum Vertrag von Lissabon. Er macht die Europäische Union demokratischer, bürgernäher, effizienter, handlungsfähiger und sozialer.

Die Europawahl 2009 ist deshalb eine Richtungsentscheidung für Europa. Wir wollen sie zu einem Signal des Aufbruchs machen. Dies ist der Anspruch der SPD als Europapartei Deutschlands und Niedersachsens. Und es ist unser sozialdemokratisches Leitbild für die Europäische Union im 21. Jahrhundert.



**Detlef Tanke, stv.
Fraktionsvorsitzender
und europapolitischer
Sprecher**

**Der Entschließungsantrag
»Europas Zukunft sozial
gestalten – Für eine
solidarische Erneuerung
Europas«, Drs. 16/808, im
Internet unter
www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt Publikationen.**

KUNST-LICHT

DER KUNSTPREIS 2008 GEHT AN DIE KÜNSTLERIN YVONNE GOULBIER

Jährlich verleiht eine unabhängige Jury den Kunstpreis der SPD-Landtagsfraktion. Die mit 5.500 Euro dotierte Auszeichnung wurde am 13. Januar im Sprengel Museum Hannover der Künstle-

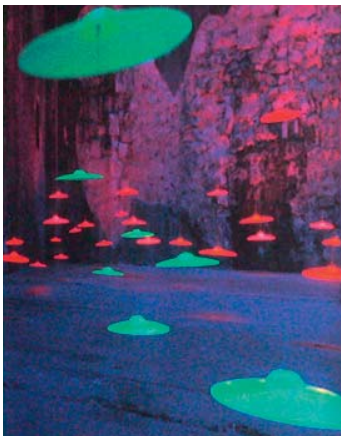
rin Yvonne Goulbier durch den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner überreicht.

In ihrer Laudatio würdigte die Direktorin des Mönchehaus-Museum Dr. Bettina Ruhrberg,

die Arbeit der Künstlerin: »Yvonne Goulbier versetzt uns mit ihren Lichtinstallationen in eine dem Alltag enthobene, fast mystisch zu nennende Stimmung.«

Der Kunstpreis im Internet:

www.spd-landtag-nds.de, Menüpunkt **Veranstaltungen**



Von oben links nach unten rechts: Großer Andrang bei der Verleihung des Kunstpreises; Wolfgang Jüttner (rechts) im Gespräch mit Reinhard Scheibe und der Künstlerin Yvonne Goulbier; Installation; das Ehepaar Goulbier; Prof. Rolf Wernstedt (mitte) im Gespräch; Daniela Krause-Behrens mit der Künstlerin; Wolfgang Jüttner und Yvonne Goulbier; Installation; Veranstaltungsbesucher.

DAS JAHR HAT GEWECHSELT, DIE BILDUNGSKAMPAGNE GEHT WEITER

Ende Oktober 2008 ist die Bildungskampagne »Eintrittskarte Zukunft« gestartet. Eine ganze Anzahl von eindrucksvollen Beispielen aus allen Teilen des Landes hat uns schon erreicht. So z. B. aus Osnabrück und aus Gifhorn, aus Ostfriesland und aus Südniedersachsen, aus der Heide und aus dem Emsland. Dafür einen herzlichen Dank an die Organisatorinnen und Organisatoren.

So muss es bis zum März weiter laufen. Wie von uns versprochen, wird es dann ein Auswertungsseminar zu den Stärken und Schwächen geben. Wir

planen schon kräftig daran.

Es gibt aber auch neue Entwicklungen: Die Landesregierung hat endlich eingesehen, dass mit dem dreigliedrigen Schulsystem »kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist« und sie unternimmt den halbherzigen Versuch durch intensivere Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen und Realschulen die Situation zu retten. Das wird an den Eltern scheitern. – Wir werden unsere Kampagne darauf einstellen und euch bald eine Initiative als Reaktion darauf vorstellen. – Also, lasst uns gemeinsam weiter arbeiten.



Bestellzettel für die Materialien zur Kampagne: Seite 11
Die Kampagne im Internet: www.eintrittskarte-zukunft.de

BERUFSSCHULEN BRAUCHEN KLARHEIT UND PLANUNGSSICHERHEIT

Die Landesregierung plant eine umfassende Änderung der Verordnung für Berufsbildende Schulen. Die SPD-Fraktion befürchtet hierdurch eine deutliche Einschränkung für die Schülerinnen und Schüler, weiterqualifizierende Abschlüsse zu erlangen.

Vor allem Absolventinnen und Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres wird dadurch der Hauptschulabschluss verwehrt. Hauptschülerinnen und -schüler können kaum noch einen höheren Abschluss erlangen. Auch Schülerinnen und Schüler der Realschule sollen schlechter gestellt werden. Sie müssen künftig fast ausnahmslos zwei Jahre Berufsfachschule anhängen, um einen erweiterten Realschulabschluss zu erlangen. Bislang war hierzu lediglich ein Jahr notwendig.

Die SPD-Fraktion hat einem Antrag zur beruflichen Bildung

in den Landtag eingebracht. Darin fordert sie, dass die Berufsfachschule weiter klar durchlässig und attraktiv für Jugendliche ist und die Ausbildung entsprechend dem Bedarf am regionalen Arbeitsmarkt erfolgt. »Außerdem sollen entgegen der Pläne der Landesregierung kleinere Berufsbildende Schulen gestärkt werden, indem dort auch Schülerinnen und Schüler von Teilzeitberufsschulen und Vollzeitberufsfachschulen gemeinsam unterrichtet werden können«, fordert die schulpolitische Sprecherin Frauke Heiligenstadt. Ebenso sollen Schulen und Träger in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft vor Ort größere Spielräume bei der regionalen Gestaltung des beruflichen Bildungsangebotes erhalten.

Die SPD fordert die Landesregierung auf, die Ergebnisse der Anhörung zur Verordnung auf

den Tisch zu legen. Heiligenstadt vermutet, die Stellungnahmen der Verbände zu den Änderungen der Verordnung für Berufsbildende Schulen (BbS-VO) seien katastrophal für die Landesregierung ausgefallen. »Wie anders ist zu erklären, dass die von der SPD-Fraktion angeforderte Zusammenstellung der Stellungnahmen bis heute nicht vorliegt? Wahrscheinlich wird zurzeit an einer Schadensbegrenzung im Kultusministerium gebastelt, um der berechtigten massiven Kritik von Schulleitungen entgegen zu wirken.«

Aus Sicht der SPD-Fraktion muss das Kultusministerium die Änderungen der Verordnung für Berufsbildende Schulen um ein Jahr verschieben. Lediglich der Teil, der wegen des Wegfalls des Berufsgrundbildungsjahres zwingend verändert werden müsse, solle schon zum 1. August 2009 in Kraft treten.



Frauke Heiligenstadt,
schulpolitische
Sprecherin

Den Entschließungsantrag
»Zerstörung der beruflichen Bildung in Niedersachsen verhindern – eine zukunftsorientierte berufliche Bildung für Niedersachsen entwickeln«, Drs. 16/621,
finden Sie im Internet unter
www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt Publikationen.

ABSOLVENTEN DES DOPPELTEN ABITURJAHRGANGES NICHT IM REGEN STEHEN LASSEN

»Das Land muss seine Ausbildungskapazitäten verdoppeln und im Jahr 2011 die doppelte Anzahl von Abiturientinnen und Abiturienten in den Landesdienst einstellen. Dafür müssen schon jetzt die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden«, forderte SPD-Vizefraktionschefin Hanne Modder. Die SPD-Landtagsfraktion hat die Landesregierung mit einem in den

Landtag eingebrachten Entschließungsantrag zum Handeln aufgefordert.

Hintergrund ist, dass im Jahr 2011 infolge der Einführung des achtjährigen Gymnasiums zwei Schülerjahrgänge gleichzeitig ihr Abitur ablegen werden. Schülerinnen und Schüler des alten 13jährigen Gymnasiums und des neuen 12jährigen Bildungsganges verlassen gemeinsam die Schule.

»Hierdurch wird eine besondere Nachfrage nach Ausbildungskapazitäten weit über den Hochschulbereich hinaus entstehen. Nicht nur Universitäten, Fachhochschulen und die Wirtschaft, sondern gerade auch die Landesverwaltung ist daher in der Pflicht, zusätzliche Ausbildungskapazitäten für Abiturientinnen und Abiturienten zur Verfügung zu stellen«, erklärte Modder.



Johanne Modder,
stv. Fraktionsvorsitzende
und innenpolitische
Sprecherin
Den Entschließungsantrag
»Chancen nutzen, Chancen bieten – Im doppelten Abiturjahrgang doppelt einstellen!«, Drs. 16/807,
www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt Publikationen.

ALLE BRAUCHEN AUSBILDUNG – WIR BRAUCHEN ALLE KONGRESS ZUR ZUKUNFT DER BERUFLICHEN BILDUNG AM 7. FEBRUAR

Mit dem Kongress sollen die notwendigen Reformen in der beruflichen Bildung thematisiert werden. Der Handlungsbedarf ist groß, doch die Landesregierung will mit ihrer Reform eine Steuerung von gestern durchsetzen. Statt neuer Regeln und Hürden sind Durchlässigkeit und Freiheit notwendig. Regionale Bedürfnisse sind mit den europäischen Anforderungen abzustimmen. Eine Durchlässigkeit der beruflichen Bildung zur Hochschule ist auszubauen. Vor diesem Hintergrund veranstaltet die SPD-Fraktion im Rahmen ihrer Kampagne »Eintrittskarte Zukunft« diesen Kongress.

Datum: Samstag, 7. Februar 2009 von 10.00 Uhr – ca. 16.00 Uhr

Ort: Foyer der IG BCE, Königsworther Platz 6, 30159 Hannover

ABLAUF

AB 10.00 UHR COME TOGETHER

10.30 UHR ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG
Wolfgang Jüttner, Fraktionsvorsitzender

10.45 UHR PROBLEME UND PERSPEKTIVEN DER BERUFLICHEN BILDUNG
Eingangsstements von
Prof. Dr. Martin Baethge, Mitglied des Präsidiums des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen
Harald Schlieck, stv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Osnabrück-Emsland
Michael Vassiliadis, Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG BCE

11.45 UHR PERSPEKTIV-WORKSHOPS

I. Berufliche Bildung in Europa vor neuen Herausforderungen: Welche Chancen und Risiken bieten der Europäische Qualifikationsrahmen (LQR), das Leitpunktesystem (ECVET) und andere Maßnahmen?

Referent: Bernd Lange, DGB

II. Welche Ergänzungen zur Dualen Berufsausbildung eröffnen Jugendlichen neue Chancen?

Referenten: Frank Poerschke, Mitglied des Regionalverbands für Ausbildung e.V.
Klaus Mohr, Erster Stadtrat von Wolfsburg

III. ProReKo-Abschlussbericht – und was folgt?

Referentin: Frauke Heiligenstadt, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

IV. Berufliche Bildung – Sackgasse oder Nachwuchsschmiede?

Referentin: Edelgard Bulmahn, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag

13.00 UHR MITTAGESSEN

14.15 UHR ZUSAMMENFASSUNG DER WORKSHOP-ERGEBNISSE

14.30 UHR GUTE AUSBILDUNG – GUTE ZUKUNFT
Referent: Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales

GG. 16.00 UHR SCHLUSSWORT

Eine Teilnahme ist nur bei vorheriger Anmeldung möglich. Die Anmeldung bitte unter Angabe des Workshops richten an: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, c/o Nicola von Graevemeyer, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, Telefon 0511.3030-40 42, Fax 0511/30 30-48 09, E-Mail nicola.vongraevemeyer@LT.niedersachsen.de

BLINDENGELD IN NIEDERSACHSEN ERHÖHEN

5 Millionen Euro im Sozialhaushalt ungenutzt

von Uwe Schwarz, stv. Vorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Die SPD fordert die kurzfristige Erhöhung des Landesblindengeldes. Eine entsprechende Initiative brachte sie im Januar in den Landtag ein. Obwohl Niedersachsen bundesweit die rote Laterne bei der Höhe des Blindengeldes trägt, liegen im Haushalt des Sozialministeriums rund 5 Millionen Euro ungenutzt aus den vergangenen Kürzungen des Blindengeldes durch die Landesregierung bereit. Der Grund: Viele Blinde und Sehbehinderte wurden durch die Sparmaßnahmen so stark verunsichert, dass sie die ihnen zustehenden Gelder nicht beantragen.

Diese 5 Millionen Euro müssen schleunigst für Verbesserungen bei den von der Regierung Wulff schlecht behandelten blinden und sehbehinderten Menschen in Niedersachsen verwandt werden. Heute beträgt das Blindengeld für Erwachsene in Niedersachsen 220 Euro monatlich. Nur Thüringen zahlt genauso wenig, während die westdeutschen Bundesländer teilweise doppelt so viel pro

Monat auszahlen. Gerade im Vergleich zu den süddeutschen Ländern ist Niedersachsen weit abgeschlagen. Hessen zahlt 511,38 Euro, Bayern 505 Euro und Baden-Württemberg 409,03 Euro monatlich.

Wir nehmen deshalb Herrn Wulff beim Wort, der sich so gerne am Süden der Republik misst. 2003 lag das Blindengeld in Niedersachsen bei monatlich 491,50 Euro. Es wurde unter der CDU-Sozialministerin Ursula von der Leyen 2004 um 20 % auf monatlich 409 Euro gekürzt. Damals gab Frau von der Leyen ihr Wort, das keine weiteren Kürzungen geben werde. 2005 folgten der Wortbruch und die komplette Abschaffung der Unterstützung. Die Landesregierung stieß damit Tausende blinde und sehbehinderte Menschen in die Sozialhilfe. Erst nach erbitterten öffentlichen Protesten und einem bereits angelaufenen Volksbegehren kam es zur teilweisen Wiedereinführung ab 2007 auf gerade einmal 220 Euro und damit auf weniger als die Hälfte der

ursprünglichen Höhe.

Der Druck von verschiedenen Seiten scheint jetzt weiter Wirkung zu zeigen. Das Sozialministerium hat angekündigt, mit dem Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen Gespräche über eine Erhöhung führen zu wollen. Offenbar fürchtet die Landesregierung die durchschlagende Kampagnenfähigkeit der Betroffenen. Die SPD wird aber genau beobachten, ob die Landesregierung wenigstens dieses Versprechen einhält.

Zuletzt haben auf dem Tag für Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2008 im Landtag viele Betroffene an den Wortbruch der Regierung Wulff erinnert und Verbesserungen gefordert. Über diese schnell zu realisierende moderate Erhöhung hinaus muss es deshalb Schritt für Schritt zu einer Erhöhung des Landesblindengeldes auf das Niveau der Pflegestufe II kommen. Es liegt bei 420 Euro monatlich und damit in etwa im bundesweiten Durchschnitt der Blindengeldhöhe.



Uwe Schwarz,
sozialpolitischer
Sprecher

**Den Entschließungsantrag
»Der unvergessene
Wortbruch der Regierung
Wulff – Blindengeld
wieder vollständig
zahlen«, Drs. 16/810,
finden Sie im Internet
unter**

**www.spd-landtag-nds.de,
Menüpunkt Publikationen.**

ANITA DICKE IST NEUE PRESSESPRECHERIN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION



Anita Dicke ist neue Pressesprecherin der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion. Die Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin war zuvor unter anderem Pressesprecherin des SPD-Landesverbandes Saar unter Vorsitz von Oskar Lafontaine, Assistentin von Gründungsrektor Peter Glotz an der Universität Erfurt und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Bundesentwicklungsministerium.

Kontakt:

**Anita Dicke, Telefon 0511.3030-4011, Fax 0511.3030-4808
anita.dicke@LT.Niedersachsen.de**

**KURZ
NOTIERT**
VON WALD UND BÄUMEN


Am 18. Dezember besuchte der SPD-Arbeitskreis für Landwirtschaft den Wald in Salder. Auf dem Foto: Rolf Meyer MdL, Dr. Klaus Merker, Präsident der Niedersächsischen Landesforsten, Karin Stief-Kreihe MdL, Wiard Siebels MdL, Carola Sandkühler, Referentin der SPD-Fraktion, Ronald Schminke MdL, Karl Heinz Hausmann MdL, Klaus Jänich, Vizepräsident der Niedersächsischen Landesforsten und Sabine Tippelt MdL (v.l.n.r.) *Foto: R. Ferchland*

MEHR DEMOKRATIE IM AUFSICHTSRAT DER LANDESNÄHVERKEHRSGESELLSCHAFT

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert die Landesregierung auf, in den Aufsichtsrat der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) künftig auch Abgeordnete zu entsenden und diesen so demokratisch zu legitimieren. Seit 10 Jahren besteht die Landesnahverkehrsgesellschaft als 100%ige Tochtergesellschaft des Landes und ihre Aufgaben und Kompetenzen sind seitdem ständig gestiegen.

Sie ist als Dienstleistungsunternehmen mit der Planung, Organisation und Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs und der Finanzsteuerung des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) betraut. Seit 2005 ist die LNVG

zusätzlich mit der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personenbeförderungsbefugnis befasst. Die LNVG konzipiert, bestellt und finanziert im Auftrag des Landes Niedersachsen den Schienenpersonennahverkehr.

Die Gesellschaft hat eine Bilanzsumme von ca. 400 Millionen Euro und fungiert wie eine ausgegliederte Verkehrsabteilung des Wirtschaftsministeriums. Sie unterliegt jedoch keiner demokratischen Kontrolle. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sind unter anderem Ministerialbeamte, jedoch kein einziger gewählter Abgeordneter.

Gerd Will, der wirtschafts- und verkehrspolitische Sprecher

der Fraktion forderte angesichts des riesigen Finanzvolumens und der herausragenden Bedeutung der Gesellschaft nunmehr demokratische Kontrolle: »Es ist angemessen, wenn auch Abgeordnete aus den verschiedenen Regionen und politischen Lagern des Landes im Aufsichtsrat vertreten sind. Der Nahverkehr ist für die Menschen so wichtig, dass die Entscheidungen nicht nur Verwaltungsbeamten überlassen werden sollten.«

Den Entschließungsantrag »Aufsichtsrat der Landesnahverkehrsgesellschaft demokratisch legitimieren«, Drs. 16/805, finden Sie im Internet unter

www.spd-landtag-nds.de, Menüpunkt Publikationen.



Gerd Will,
wirtschaftspolitischer
Sprecher

ALTLASTENFONDS FÜR NIEDERSACHSEN

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Fonds für die Sanierung von Grundstücken mit Umwelt und Menschen belastenden Altlasten für Niedersachsen aufzulegen. In der bundesweiten Übersicht zur Altlastenstatistik weist Niedersachsen mit 30.900 Altstandorten und 39.876 alt-

lastverdächtigen Flächen das höchste Sanierungspotenzial Deutschlands auf. Im bundesweiten Vergleich mit den Angaben zu den abgeschlossenen Sanierungen wird deutlich, dass Niedersachsen weit abgeschlagen ist.

Anlässlich des aktuellen Falles in der Region Hannover (Riedel de Haen) wird überdeut-

lich, welche Gefahrenpotenziale und Probleme für die Menschen gerade auch an dicht besiedelten Standorten bestehen. In den Bundesländern Baden-Württemberg oder Bayern sind längst Modelle etabliert, die eine bessere Altlastensanierung gewährleisten. Zudem gehen die finanziellen Belastungen nicht einseitig auf



Andrea Schröder-Ehlers,
Mitglied im Fraktions-
vorstand und Umwelt-
expertin

Kosten der Kommunen und privaten Eigentümer. Allein die erforderliche Untersuchung solcher Flächen überfordert private Eigentümer bzw. die betroffenen Kommunen in erheblichem Ausmaß, insbesondere wenn ein leistungsfähiger Verursacher einer Altlast von den Bodenschutzbehörden nicht mehr herangezogen werden kann.

Die SPD ist der Überzeugung, dass in solchen Fällen das Land und die Wirtschaft in der Pflicht stehen, die Sanierung zu ermöglichen, um Menschen und Sachgüter vor Schäden zu bewahren. Die Statistik zur Altlastensituation in Niedersach-

sen belegt, dass es sich um ein Thema handelt, das niedersachsenweit Gemeinden und Städte betrifft. Aktuelle und brisante Einzelfälle, wie jetzt in Hannover ruft ein starkes Echo in der öffentlichen Berichterstattung hervor. Das niedersächsische Ministerium für Umwelt- und Klimaschutz hat hierzu einen erheblichen Anteil beigetragen und wieder einmal einen »RundenTisch« einberufen. Am 16.12. wurde mit großer Berichterstattung seitens des Ministeriums zu einem einmaligen Gesprächstermin geladen, um das Thema Altlastensanierung mit Vertretern der Wirtschaft und der Kommunen

zu diskutieren. Ein Ergebnis wurde nicht erzielt.

Dieses Gespräch im Umweltministerium reicht nicht aus, um den kostenintensiven und regelmäßig akut werdendem Problem gerecht zu werden. Die SPD fordert daher die Einrichtung einer kontinuierlichen Arbeitsgruppe unter Federführung der Landesregierung. Die Erfahrungen und Modelle anderer Bundesländer sind zusammenzuführen. Es gilt zeitnah eine optimale Lösung, etwa in Form eines Solidarmodells mit der Wirtschaft, für Niedersachsen zu erarbeiten und zur Anwendung zu bringen.

Den Entschließungsantrag «Altlastenfonds für Niedersachsen», Drs. 16/804, finden Sie im Internet unter www.spd-landtag-nds.de, Menüpunkt Publikationen.

SITUATION DER FEUERWEHREN IN NIEDERSACHSEN

Großes Lob für den täglichen Dienst und die tägliche Einsatzbereitschaft in den niedersächsischen Feuerwehren kommt von Klaus-Peter Bachmann, Feuerwehrexperte der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag. Anlass ist die Besprechung der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage zur Situation der Feuerwehren in Niedersachsen.

»Die Feuerwehren sind gut aufgestellt, aber die Landesregierung wäre schlecht beraten, wenn sie jetzt die Hände in den Schoss legt«, lautet Bachmanns Fazit aus dieser Landtagsdebatte. Großer Handlungsbedarf besteht in Sachen Führerscheine. Hier hat sich eine besondere Problematik ergeben, weil die Tonnage der Einsatzfahrzeuge erhöht wurde und Normfahrzeuge daher heute weitaus schwerer sind als zuvor. Hinzu komme, dass die seit 1999 geltenden neuen Klasseneinteilungen bei den Führerscheinen zu Pro-

blemen führen: Mit dem bisherigen Führerschein Klasse 3 durfte man Fahrzeuge bis zu einem Gewicht von 7,5 Tonnen steuern. Der Anhänger durfte zusätzlich 11,25 Tonnen wiegen. Mit dem neuen Führerschein der Klasse B – der für private Zwecke in aller Regel ausreicht – darf das Gesamtgewicht des Zuges 3,5 Tonnen nicht überschreiten. Dazu Bachmann: »Es kann nicht angehen, dass sich Ausrückzeiten verlängern, weil gewartet werden muss, bis jemand mit dem richtigen Führerschein kommt, um das Einsatzfahrzeug zu bewegen. Das Land muss die Kommunen daher dabei unterstützen, dieses Problem zu lösen. Hierbei muss z.B. daran gedacht werden, Kapazitäten auch für freiwillige Feuerwehren bei den Fahrschulen der Berufsfeuerwehren anzubieten. Aber auch die Frage der Bezuschussung von Feuerwehrführerscheinen muss auf die Tagesordnung«.

Von großer Bedeutung sei der

Erhalt der Zweckbindung der Feuerschutzsteuer, die nicht den Überlegungen der Förderalismuskommission II zum Opfer fallen dürfe. Zur Bewältigung der Nachwuchsprobleme bei den Feuerwehren müssen Kinder- und Jugendfeuerwehren noch attraktiver gemacht werden, aber auch Überlegungen darüber angestellt werden, wie verstärkt Frauen sowie Migrantinnen und Migranten für den Dienst in der Feuerwehr gewonnen werden können.

Abschließend weist Bachmann auf ein »eklatantes Ungleichgewicht« hin: »Bei seinem freiwilligen Ordnungsdienst hat der Innenminister die Bezahlung zum System gemacht. Feuerwehrleute jedoch dürfen ihr eigenes Geld mitbringen. Das ist ein Systemfehler und nicht zuletzt auch ein Affront gegenüber denjenigen, die sich landauf landab ehrenamtlich in den vielen Freiwilligen Feuerwehren engagieren«.



Klaus-Peter Bachmann, Mitglied im Fraktionsvorstand und Feuerwehrexperte

Mehr zum Thema: Der Entschließungsantrag der SPD-Landtagsfraktion mit dem Titel »Die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen sichern!« (Drs. 16/282) ist im Wortlaut unter www.spd-landtag-nds.de, Menüpunkt Publikationen abrufbar.

NIEDERSACHSENS KINDER BRAUCHEN SPIELPLÄTZE

»Wir wollen eine Gesellschaft, in der Kinder gut aufgehoben sind«, – so steht es im Koalitionsvertrag von CDU und FDP. Diese Absichtserklärung findet sich allerdings im politischen Alltag nicht wieder. Mit der am 10. Dezember 2008 beschlossenen Abschaffung des Niedersächsischen Spielplatzgesetzes haben CDU und FDP ihre Kinderfeindlichkeit deutlich gezeigt.

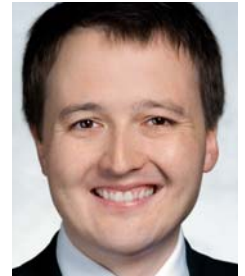
»Alle Äußerungen, dass sich unsere Kinder mehr bewegen müssten und ihre Freizeit sinnvoll und nicht vor Computern oder Playstations verbringen sollten, scheinen reine Sonntagsreden zu sein«, erklärte der baupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Marco Brunotte. »15 von 16 Bundesländern haben in ihren Bauordnungen hausnahe Spielplätze vorgeschrieben – nur Niedersachsen nicht«. Bisher hatte Niedersachsen mit dem Niedersächsischen Gesetz über Spielplätze eine eigene Rechtsgrundlage, die

sich in mehr als 35 Jahren bewährte und hohe Akzeptanz bei allen Beteiligten genoss.

Nur eine gesetzliche Regelung des Landes sichert ein ausreichendes Angebot an Spielplätzen. Das liegt nicht daran, dass die Kommunen nicht für dieses Thema sensibilisiert sind. Doch die finanzielle Situation vieler niedersächsischer Kommunen ist äußerst angespannt, gerade auch dank des Griffes in die Kassen des kommunalen Finanzausgleichs durch diese Landesregierung. Deshalb sind etliche Kommunen finanziell gar nicht in der Lage, in Neubaugebieten alleine für Spielplätze zu sorgen. Durch den mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossenen Wegfall des Spielplatzgesetzes gehören die Errichtung und der Unterhalt von Spielplätzen nun zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen. Damit kann die Kommunalaufsicht Kommunen mit ange-

spanntem Haushalt den Bau solcher Plätze untersagen – viele Kommunen werden sie deshalb gar nicht erst in den Haushalt einstellen. »Kinderspielplätze dürfen nicht um begrenzte Flächen konkurrieren, vor allem nicht in Großstädten mit hohen Grundstückspreisen und wenig Platz«, so Brunotte. »Wir wollen für unsere Kinder in Niedersachsen eine kindgerechte Umwelt gestalten und ihnen ein Spielen draußen an der frischen Luft ermöglichen. Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft, die ausreichend Raum für Kinder zur Verfügung stellt«.

Nach dem ersatzlosen Wegfall des Niedersächsischen Spielplatzgesetzes ist eine Aufnahme von Mindeststandards für Spielplätze in die Bauordnung ein guter Weg, um Spielmöglichkeiten für Wohngebiete rechtlich abzusichern. Hier muss gelten: kurze Wege für kurze Beine.



Marco Brunotte,
baupolitischer Sprecher

INITIATIVEN DER SPD-FRAKTION IM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG

In dieser Rubrik stellt die SPD-Fraktion ihre wichtigsten Initiativen der vergangenen Wochen vor. Sie stellen eine kleine Auswahl der SPD-Aktivitäten dar.

Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien

Entschließungsantrag »Europas Zukunft sozial gestalten – für eine solidarische Erneuerung Europas«, Drs. 16/808 – siehe auch den Artikel »2009 zum Jahr der solidarischen Erneuerung Europas machen« auf Seite 2

Innen, Integration und Sport

Chancen nutzen, Chancen bieten – Im doppelten Abiturjahrgang doppelt einstellen!
Antrag der Fraktion der SPD, Drs. 16/0807 – siehe auch den Artikel »Landesregierung darf den doppelten Abiturjahrgang nicht im Regen stehen lassen« auf Seite 5

Justiz

Welche Auswirkungen hat der Rücktritt vom Bredero-Vertrag für die Pläne eines hannoverschen Fachgerichtszentrums?, *dringliche Anfrage der Fraktion der SPD, Drs. 16/0829*

Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

Entschließungsantrag »Der unvergessene Wortbruch der Regierung Wulff – Blindengeld wieder vollständig zahlen«, Drs. 16/810 – siehe auch den Artikel »Blindengeld in Niedersachsen erhöhen« auf Seite 6

Entschließungsantrag »Daheim statt Heim – Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen modernisieren«, Drs. 16/809

Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Entschließungsantrag »Deutschlandfonds« für Niedersachsen nutzen, »Niedersachsenfonds« auflegen – Sonderprogramm für Kommunen, Wachstum und Beschäftigung, Drs. 16/0814, siehe auch den Artikel »Konjunkturprogramm II: Jüttner fordert »Niedersachsenfonds«« auf Seite 1

Entschließungsantrag »Aufsichtsrat der Landesnahverkehrsgesellschaft demokratisch legitimieren«, Drs. 16/805 – siehe auch den Artikel »Mehr Demokratie im Aufsichtsrat der Landesnahverkehrsgesellschaft« auf Seite 7

Umwelt und Energie

Entschließungsantrag »Sofortiger Stopp der Flutung im Salzbergwerk »Niedersachsen Riedel«, Drs. 16/0806

Entschließungsantrag »Altlastenfonds für Niedersachsen«, Drs. 16/0804 – siehe Artikel »Altlastenfonds für Niedersachsen« auf Seite 7

IMPRESSUM

Herausgeber

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Verantwortlich

Dr. Cornelius Schley,
Geschäftsführer SPD-Fraktion Niedersachsen

Redaktion

Anita Dicke,
Antia.Dicke@
lt.niedersachsen.de und
Thilo Scholz,
Thilo.Scholz@
lt.niedersachsen.de

Anschrift

Hinrich-Wilhelm-Kopf-
Platz 1, 30159 Hannover,
www.spd-landtag-nds.de

Layout & Satz

Anette Gilke,
mail@AnetteGilke.de

NEU IM LANDTAG IST...

Bei der Landtagswahl im Januar 2008 sind viele neue Mitglieder in die SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. In loser Folge wollen wir sie an dieser Stelle persönlich mit ihren Arbeitsbereichen und -schwerpunkten vorstellen. Weitere Informationen zu den Personen finden Sie auf unserer Homepage www.spd-niedersachsen.de.

STEFAN SCHOSTOK



Persönliches:

Adresse: Isernhagener Straße 28 a
30161 Hannover
Telefon 0511.1674-295
Fax 0511.1317577

Büro: Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Telefon 0511.1674-295
Fax 0511.1674-343

E-Mail: buero@stefan-schostok.de
Internet: www.stefan-schostok.de

Geboren: 12. Mai 1964

Beruf: Diplompädagoge/Diplomsozialarbeiter (FH)

Landtag:

Wahlkreis 28 Hannover-Mitte, zusätzliche Betreuung des Wahlkreises 25 Hannover-Buchholz

Arbeitsbereiche:

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,
Mitglied im Fraktionsarbeitskreis Wissenschaft und Kultur,
stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher,
Sprecher für Innovation und Wissenschaftstransfer

Vor Ort:

Mitglied des gf. Bezirksvorstandes Hannover,
Mitglied im Kulturforum der Sozialdemokratie in der Region Hannover

Bitte führe folgenden Satz zu Ende:

Über mich sollen die Menschen 2013 sagen können, »dass ich ihre Wünsche und Belange immer ernst genommen und mich für sie eingesetzt habe.«

WIARD SIEBELS



Persönliches:

Adresse: Sparkassenpassage 2
26603 Aurich

Büro: Lüchtenburger Weg 12
26603 Aurich
Telefon 04941.3387
Fax 04941.938692

E-Mail: info@wiard-siebels.de
Internet: www.wiard-siebels.de

Geboren: 16. März 1978

Beruf: Bank- und Sparkassenkaufmann

Landtag:

Wahlkreis 86 (Stadt Aurich, Gemeinde Großefehn, Großheide, Ihlow, Südbrookmerland und Samtgemeinde Brookmerland), zusätzlich Betreuung des Wahlkreises 87 (Wittmund/Inseln)

Arbeitsbereiche:

Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Landesentwicklung, stv. Ausschussvorsitzender im Unterausschuss Häfen und Schifffahrt sowie Vertreter im Finanzausschuss.

Vor Ort:

Mitglied des Rates der Stadt Aurich
Vorsitzender der SPD Aurich

Bitte führe folgenden Satz zu Ende:

Über mich sollen die Menschen 2013 sagen können: »Er hat mitgeholfen den Regierungswechsel 2013 zu organisieren und dabei seinen Wahlkreis nicht aus dem Blick verloren.«

BESTELLISTE FÜR MATERIALIEN ZUR KAMPAGNE »EINTRITTSKARTE ZUKUNFT«.

HINWEIS: Die Materialien werden kostenfrei abgegeben.
Versandkosten fallen nicht an.

MATERIAL		BESTELLMENGE
	<input type="checkbox"/> EINDRUCKFLUGBLATT Vorderseite mit Kampagnenslogans Rückseite leer zum Eindrucken des Textes farbig, DIN-A4	Exemplare
	<input type="checkbox"/> PLAKAT »EINTRITTSKARTE ZUKUNFT« für Veranstaltungen und Aktionen farbig, DIN-A1	Exemplare
	<input type="checkbox"/> POSTKARTE »EINTRITTSKARTE ZUKUNFT« mit Gewinnspiel farbig, DIN-A-lang	Exemplare
	<input type="checkbox"/> POSTKARTE »SCHECK« farbig, DIN-A-lang	Exemplare
	<input type="checkbox"/> READER MIT HANDREICHUNGEN zur Kampagne DIN-A-4, 145 Seiten	Exemplare

LIEFERADRESSE

Name, Vorname:

Straße

PLZ, Ort:

Telefon (für Rückfragen):

E-Mail (für Rückfragen):

BESTELLUNGEN RICHTEN AN

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
c/o Nicola von Graevemeyer
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover
Telefon 0511/30 30-40 44
Fax 0511.3030-4809
Nicola.vonGraevemeyer@LT.niedersachsen.de